

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Pettizeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 130

Fernruf 179.

Wildbad, Mittwoch, den 9. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Pressestimmen zur Reichstagswahl.

Berlin, 8. Juni. In der (halbamtlichen) „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird geschrieben: Die Tatsache besteht, daß die Mittelparteien (Sozialdemokratie und Demokratie) geschwächt seien. Die Stärkung der Rechten und der Linken kennzeichne die Lage. Der politische Wille des Volks dränge von der Mittellinie ab, aber die Politik werde versuchen müssen, den Wagen wieder auf den Mittelweg zu bringen. Die beiden Rechten werden selbst mit dem Zentrum voraussichtlich keine Mehrheit finden. Der Anschluß der Demokraten an eine Rechtsgruppierung erscheine ausgeschlossen. Aber ebensowenig werden die beiden Linksparteien (Sozialdemokratie und Unabhängige) eine Mehrheit bilden können. An sich wäre eine solche vielleicht unter Mitwirkung des Zentrums möglich, aber diese Verbindung sei bei der jetzt im Zentrum herrschenden Stimmung durchaus unwahrscheinlich. Die Deutsche Volkspartei (Nationalliberale) sei offenbar geneigt, mit den Sozialdemokraten zusammen zu regieren, es sei aber zu verneinen, daß bei den Sozialdemokraten eine gleiche Neigung bestehe. So deutet manches darauf hin, daß die bisherige Verbindung (Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum) auch mit schwächerer Mehrheit sich werde entschließen müssen, die Regierungsgeschäfte vorläufig zu übernehmen.

Der „Vorwärts“ sagt, es sei klar, daß unter den 11,6 Millionen Stimmen, die der Sozialdemokratie am 19. Januar 1919 zufließen, ein großer Teil von solchen gewesen sei, die aus dem Gefühl der Enttäuschung über den Zusammenbruch in der Sozialdemokratie den Hoffnungsstern einer glücklicheren Zukunft erblickten. Es sei deshalb nichts Unerhörtes, wenn ein Teil dieser Wähler, von einer Enttäuschung in die andere gefallen, nun wieder einen neuen Stern nach Verbleiben sucht. Die Sozialdemokratie müsse sich über Ursache und Wirkung des Wahlausfalls rücksichtslos klar werden. Das Bedenkliche sei, daß nun der sozialistische Vormarsch zum Stehen gekommen zu sein scheine. Das Blatt wünscht eine Verständigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien.

Die „Freiheit“ (Unabh.) stellt fest, daß die Kommunisten eine völlige Niederlage erlitten haben. Dem Zusammenschluß des Bürgertums stehe die zunehmende Geschlossenheit der Arbeiterklasse im Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, die Zunahme der Stimmen und der Mandate zu Gunsten der rechtsstehenden Parteien übersteige alle Erwartungen.

Die „Germania“ stellt mit Genugtuung fest, daß das Zentrum an den Rückgängen der Mittelpartei kaum ernstlich beteiligt erscheine. In der Hauptsache seien die Parteienreue im Land fest zusammengeflochten geblieben. So habe die Partei alle Ursache, der politischen Einigkeit ihrer Anhänger sich zu freuen, denn sie gebe dem Wicken der Partei im Parlament gerade im Zeitalter der Demokratie erst den wirklich tragfähigen Boden, den andere Parteien nach dem Ausfall dieser Wahlen nicht recht zu empfinden vermöchten. Diese Tragfähigkeit könne aber nicht dauernd überspannt werden.

Das linksdemokratische „Berliner Tageblatt“ spricht von Unklarheit und Verwirrung der Wähler, die Gefühlspolitik habe sich breit gemacht. Die Demokratie habe nur eine „Bataille“ verloren; jetzt sei Rührigkeit die erste Demokratenpflicht. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die bisherige Koalition noch eine kleine Mehrheit behalte. Eine aus Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum zusammengesetzte Regierung würde eine Vereinigung der Sozialisten und der Unabhängigen, der ganzen Arbeitermasse, gegenüber einer solchen Regierung hervorrufen. Dann würden schwerlich neue Erschütterungen ausbleiben.

Die „Vossische Zeitung“ ist der Ansicht, es lasse sich nicht sagen, ob die bisherige Koalition noch über eine schwache Mehrheit verfüge.

Die „Münch. N. Nachr.“ schreiben: Das Verhängnis der Wahlen ist nicht die Niederlage der einen und die Partei, sondern das, daß die Wähler nur gezeigt haben, was sie nicht wollen, ohne zu erkennen zu geben, wozu sie das Steuer gedreht haben wollten. Der Gedanke, die Deutsche Volkspartei in die Koalition aufzunehmen, verdiene ernsthafte Erwägung, aber das

würde der Sozialdemokratie wahrscheinlich verderblich werden. Das Blatt hält eine rein sozialistische oder rein bürgerliche Regierung für verfehlt.

Die „Münch. Zeitung“ glaubt, daß die demokratische Partei ihren Kurs ändern und sich in eine „nationaldemokratische Partei“ umwandeln wolle. Das sei sehr bezeichnend, für die Umstände, denen man in der Partei selbst die Schuld an dem Mißgeschick gebe.

Unter den gewählten Führern befinden sich u. a.: Scheidemann, Ulrich (Heßen), David, Wiffel, Bauer, Schilde (Soz.), Kunert, Dämmig, Wittmann, Heule, Bray (Unabh.), Gertrud Bäumer, Dernburg, Schiffer, Gehler (Dem.), Brentano, Trimborn, Giesberts, Bell, Dr. Spahn, Dr. Hige (Ztr.), v. Graje, Bruhn, Dr. Schiele, Bergt, v. Delbrück, Dr. Köhler, Dietrich, Dr. Düringer (D. Nat.), Nießer, Dr. Becker, Stresemann, v. Kardorff, Hugo Stinnes, Kippler (D. Volksp.).

Starnsruhe, 8. Juni. Das Ergebnis der Reichstagswahl unter Berücksichtigung der württembergischen Reststimmen ist voraussichtlich folgendes: Gewählt sind: 6 Zentrum (mit den würt. St.), 3 Sozialdemokraten, 2 Deutschnationalen, 2 Demokraten (mit den w. St.), 2 Unabh. Soz. (mit den w. St.), 1 D. Volkspartei, 1 Kommunist.

Neues vom Tage.

Berlin, 8. Juni. Bis heute mittag wurden aus dem Reich 22 686 961 Stimmen gezählt. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 2 651 087, Deutsche Volkspartei 3 373 321, Zentrum 3 487 496, Christliche Volkspartei (Rheinl. Zentrum) 73 359, Bayer Volkspartei 3 128 17, Demokratie 2 131 688, Sozialdemokratie 4 916 033, Unabhängige 4 498 709, Kommunisten 404 149; ferner Welfen 150 118, Thüring. Landbund 189 085, Württ. Bäuererpartei 100 483, Württ. Bauernbund 195 825, Wirtschaftliche Vereinigung 42 362. Der Rest ist zerstückelt.

Auf Grund dieser Stimmzahlen werden — nach bisheriger Ermittlung — Mandate erhalten: Deutschnationalen 44, wozu noch kommen 1 württ. Bürgerpartei und 3 württ. Bauernbund, zusammen 48, Deutsche Volkspartei 56, Zentrum 58, Christl. B. P. 1, Bayer. B. P. 5, Dem. 33, Soz. 82, Unabh. 74, Komm. 6. Aus den Abstimmungsgebieten kommen vorläufig hinzu 3 D. Nat., 3 D. Volksp., 9 Zentr., 8 Dem., 17 Soz. Im ganzen somit D. Nat. einschl. Bürgerp. und Bauernbund 51 (bisher 42), D. Volksp. 59 (21), Zentrum 67 (88 einschl. 18 Bayer. Volksp.), Christl. B. P. 1, Bayer. B. P. 5, Dem. 41 bis 42 (75), Soz. 99 (163), Unabh. 74 (22), Komm. 6 (0), außerdem Bayer. Mittelpartei (die den D. Nat. beizuzählen sein dürfte) 1 (0), Thür. Landb. 3 (0) und möglicherweise Wirtschaftl. Vereinigung 1 (0). Zusammen 406 Abgeordnete.

Die bisherige Regierungsmehrheit hätte demnach bis jetzt 208 Sitze, denen 201 der bisherigen Opposition einschl. der Bayer. Volkspartei gegenüberstehen.

München, 8. Juni. Bei den bayerischen Landtagswahlen wurden an bürgerlichen Stimmen (Bayer. Volkspartei, Nationale Mittelpartei, Deutsche Volkspartei, Bauernbund und Demokraten) 1 356 184 abgegeben gegen 587 641 sozialistische (Soz., Unabh. und Kommunisten). Die Bayer. Volkspartei hat allein 839 962 Stimmen.

Dresden, 8. Juni. In den Reichstag sind in Sachsen gewählt: 9 Unabhängige (bisher 3), 9 Sozialdemokraten (17), 6 Deutschnationalen (4), 7 Deutsche Volkspartei (1), 3 Demokraten (7), 1 Kommunist (0).

In Leipzig ist Hr. v. Lersner, der frühere deutsche Vertreter bei den „Friedensverhandlungen“ in Versailles, von der Deutschen Volkspartei gewählt. Das Wahlergebnis in Leipzig ist für die sächsischen Wahlen kennzeichnend. Es haben Stimmen erhalten: Sozialdemokraten 57 613 (1919: 128 029), Unabhängige 267 609 (238 994), Kommunisten 12 880 (0), Demokraten 53 703 (177 612), Deutschnationalen 107 060 (72 089), Deutsche Volkspartei 132 749 (0), Deutsch-Soziale 2074 (0), Zentrum 2554 (3199). Demokraten und Sozialdemokraten, die je ihre zwei Mandate in Leipzig verloren haben, erhielten auf Grund der Reststimmen aus den übrigen Kreisen je 1 Sitz.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinetts hat sich heute vormittag versammelt und dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat ihn angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte fortzuführen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine tunlichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses und die Einberufung des Reichstags möglichst bald erfolge.

Neuer Dreieck?

Washington, 8. Juni. Nach hier vorliegenden Berichten ist England bemüht, ein Bündnis zwischen England, Japan und den Vereinigten Staaten zustande zu bringen, da es befürchtet, in einen etwaigen Streit zwischen Japan und Amerika auf Grund seines Bündnisses mit Japan, das neu abgeschlossen werden soll, hineingezogen zu werden, wogegen es im Dreieck die nötige Autorität besitzen würde, einem solchen Streitfall vorzubeugen.

Paris, 8. Juni. Die Presse hält in ihrer Beurteilung der deutschen Reichstagswahlen zurück. „Homme libre“, das Blatt Clemenceaus, meint, die neue Regierung, wie sie auch sein möge, werde noch weniger als die alte in der Lage sein, sich den Forderungen des Friedensvertrags zu fügen.

London, 8. Juni. Laut „Daily Chronicle“ werden die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Belgien und Italien an einer Besprechung in Brüssel teilnehmen, die der Konferenz von Spa vorausgehen soll.

Rücktritt des Reichskabinetts?

Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinetts dürfte heute zurücktreten. Der Reichspräsident wird das Kabinetts erlösen, die Geschäfte solange weiterzuführen, bis eine neue Regierung auf der Grundlage der Parteiverhältnisse des neuen Reichstags gebildet ist. Der Reichstag soll sobald als möglich einberufen werden.

Es wird bestritten, daß Reichspräsident Ebert mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, eine Aussprache gehabt habe.

Dresden, 8. Juni. In Sachsen dürfte der Ausfall der Reichstagswahlen den Zusammenbruch der jetzigen Regierung zur Folge haben, da die sozialdemokratische und die demokratische Partei so stark vermindert sind, daß sie, wie die Unabhängigen soz. Blätter fordern, die Folgerungen daraus ziehen müssen. Die Sozialdemokraten sind für ein Zusammengehen mit den Unabhängigen.

Die Universitäten gegen das Studium der Volksschullehrer.

Berlin, 8. Juni. Die Abendblätter veröffentlichten andere Hochschulen geschlossen haben, über die geforderte eine Erklärung der Berliner Universität, der sich zahlreiche Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium, worin es heißt, die Universität erkenne die Berechtigung der Bestrebungen der Volksschullehrer nach einer Befreiung ihrer allgemeinen Berufsausbildung vollkommen an und sei gerne bereit, bei der Neuordnung mitzuhelfen. Die Universitäten und technischen Hochschulen seien aber nicht geeignet, den Lehrern diejenige Ausbildung zu bieten, die im Interesse des Gedeihens der Volksschule erforderlich sei. Pflicht der Universität sei es, mit allen Kräften auf die Erhaltung des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland bedacht zu sein. Werde dieser wissenschaftliche Geist nicht schon in den auf das Studium vorbereitenden Schulen eingepflanz, so erlahme das gesamte geistige Leben unserer Nation. Aus diesen Erwägungen müsse die Universität Berlin nachdrücklich der Volksschullehrer ausnahmslos auf die Universitäten Einspruch dagegen erheben, daß die Berufsausbildung übertragen werde.

Ein weiblicher Ministerialrat.

Berlin, 8. Juni. Die Sozialpolitikerin Dr. Gertrud Bäumer, jetzt demokratisches Reichstagsmitglied, Leiterin des Sozialpädagogischen Instituts in Hamburg, ist zum Ministerialrat im Reichsministerium des Innern ernannt worden.

Kopenhagen, 8. Juni. Die für Ende Juni nach Helsingfors einberufene nordische Pressekonferenz wurde abgefragt, da die schwedischen Journalisten es ablehnten, unter den jetzigen gespannten Verhältnissen nach Helsingfors zu reisen.

Das amtliche Wahlergebnis.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen hat nach der Veröffentlichung im „Staatsanzeiger“ in verschiedenen Bezirken eine nachträgliche Menderung erfahren. Das jetzt vorliegende amtliche Ergebnis lautet:

Reichstagswahl in Württemberg und Hohenzollern.

	am 6. Juni 1920	am 19. Jan. 1919
Sozialdemokratie	179 315	470 204
Unabhängig	145 220	35 371
Bauern- und Wirt.	195 85	182 509
Bürgerpartei	100 (88)	—
Deutscher Volkspartei	42 946	—
Deutsche Demokratische Partei	161 309	331 563
Kommunisten	36 611	—
Zentrum	209 358	303 066

Landtagswahl 1920.

	am 6. Juni 1920	am 12. Jan. 1919
Wahlberechtigte	1 475 678	(1 449 217)
Abgegebene Stimmen	1 137 123	(1 317 051)
Ungültige Stimmen	41 078	(2 823)
Mit Wahlscheinen haben abgestimmt	5 904	—
Es erhielten Stimmen:		
Sozialdemokratie	175 934	(452 600)
Unabhängig	145 228	(40 634)
D. Demokraten	161 475	(328 689)
Zentrum	247 162	(273 200)
Bürgerpartei	102 318	(97 800)
Bauernbund	193 680	(117 138)
Deutscher Volkspartei	37 209	(—)
Kommunisten	38 178	(—)

Gesamtstimmengahl der bisherigen Koalitionsparteien 584 631
Gesamtstimmengahl der bisherigen Oppositionsparteien 511 431

Die Zusammensetzung des neuen Landtags wird, nachdem nun sämtliche Mandate festgelegt sind, folgende sein:

	Kreisabg.	Landesabg.	zus.	bisher
Sozialdemokratie	10	7	17	52
Unabhängig	8	6	14	4
Bürgerpartei	8	4	10	11
Bauern- und Wirt.	12	6	18	14
Deutsche demokratische Partei	9	6	15	38
Deutsche Volkspartei	2	2	4	—
Kommunisten	—	—	—	—
Zentrum	18	5	23	37

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der frühere Landtag 150 Mitglieder zählte, während der neue nur aus 101 Abgeordneten besteht, beträgt der Anteil der verschiedenen Parteien an der Gesamtzahl in Prozenten:

	früher 34,6	jetzt 16,8	±
Sozialdemokratie	10,8	16,8	+ 17,8
Unabhängig	2,6	13,8	+ 11,2
Bürgerpartei und B.D.	10,8	27,7	+ 11,1
Demokraten	26	14,8	- 11,2
Deutscher Volkspartei	—	3,9	+ 3,9
Zentrum	20,6	22,7	+ 2,1

An weiblichen Abgeordneten zählt der neue Landtag nur noch 5 statt 12, nämlich Frau Ehm und Frau Blank (Dem.), Frau Müller (Soz.), Frau Rist (Str.) und Frau Klotz (Bürgerp.). Frau Maria Jethin (Unabh.) ist ausgeschieden. Von der demokratischen Partei sind verschiedene führende Männer nicht mehr gewählt, wie Ministerialdirektor Dr. Reck, Oberbürgermeister Dr. Hartenstein-Ludwigsburg, Joh. Fischer, Stadtpfarrer Lic. Flewein-Stuttgart, Geometer Linkenheil-Schramberg.

Ungültige Stimmzettel sind sowohl bei der Reichstags- wie bei der Landtagswahl in Württemberg mehr als 40 000 abgegeben worden; etwa soviel als zur Wahl von 4 Abgeordneten zum Landtag nötig gewesen wären. Der Hauptgrund liegt in der Verbindung der beiden Wahlen, wodurch viele Verwechslungen der Wahlumschläge verursacht wurden.

100 Millionen Mark täglich.

Die Wiedergutmachtungssumme, die — das wissen wir ja noch nicht genau — uns in Spa vorgelegt oder mit uns zusammen festgelegt werden soll, ist nach dem Sinn des Friedensvertrags in der Hauptsache für den Wiederaufbau, für produktive Zwecke, bestimmt. Der Pariser „Temps“ weiß zu berichten, daß bereits bis zum 1. Mai von Frankreich 26½ Milliarden Franken für Wiederaufbauzwecke verausgabt seien, die natürlich von Deutschland zu ersetzen sind. Wir sind nicht in der Lage, diese

Summe irgendwie nachzurechnen. Wir fragen uns nur, wie hoch sich die Summe in Zukunft noch belaufen soll angesichts des wenigen, was von der französischen Regierung nach dem Zeugnis der Pariser Presse bisher in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs geleistet worden ist.

Schätzungsweise aber zu beurteilen sind wir in der Lage, was uns der Friedensvertrag Tag für Tag an Leistungen für unproduktive Zwecke bereits auferlegt. Nach Artikel 249 des Friedensvertrags hat Deutschland die gesamten Unterhaltungskosten der Fremden Heere in den besetzten Gebieten von der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags vom 11. November 1918 an zu zahlen. Von der französischen Besatzungsbehörde werden nun die Kosten für das Besatzungsheer ohne Abrechnung und Einzelaufstellung von Fall zu Fall in gewöhnlichen Raten von 100 Millionen Mark bei der Reichsbank erhoben, wobei meist eine Frist von drei Tagen gesetzt wird. Auf wiederholte Aufforderung deutscherseits ist nicht angegeben worden, wie groß eigentlich die Besatzungsarmee ist, für die wir die Kosten aufzubringen haben. Angefichts dessen, daß im besetzten Gebiet militärische Ausbildungsanstalten eingerichtet wurden, u. a. eine Autoschule, in der jährlich 300 fremde Offiziere ausgebildet werden, daß in Viebrich eine Offiziersaspiranten-Ausbildungsanstalt errichtet wurde, daß ferner Erziehungsanstalten für Kinder und Angehörige der französischen Offiziere in größerem Umfang und ähnliche Einrichtungen mehr im besetzten Gebiet neu entstehen, fragt man sich voll Besorgnis, ob die Aufwendungen hierfür auch unter den Artikel 249 des Friedensvertrags fallen sollen. Ehe unsere Staatsmänner nach Spa gehen, wäre eine Aufklärung darüber dringend erwünscht, damit in aller Klarheit und Deutlichkeit die deutsche Leistungsfähigkeit für produktive Zwecke dargelegt werden könnte.

Aus den Berichten über die Sitzung des britischen Unterhauses vom 2. Juni erfahren wir, daß von deutscher Seite für die Befolgung und Löschung der englischen Besatzungsarmee bis jetzt 4 Millionen Pfund Sterling gezahlt wurden, daß aber Deutschland für diese Kosten bis Ende Mai noch weitere 45 Millionen Pfund Sterling schuldet. Die Kosten bis zum Ende des Jahres würden in der Sitzung auf weitere 3 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Das gibt zusammen eine Summe von rund 52 Millionen Pfund. Dabei ist zu beachten, daß darin unsere Naturleistungen an requiriertem Gut, an Quartieren u. a. nicht eingerechnet sind. Rechnet man diese Summen auf die heutige deutsche Währung um und veranschlagt man die Kosten für das gesamte Besatzungsheer der verbündeten und verbündenden Mächte in entsprechender Weise, so kommt man zu dem Ergebnis, daß wir für die Besetzung täglich rund 100 Millionen Mark zu zahlen haben, also im Jahr ungefähr 36½ Milliarden Mark. Nehmen wir dazu die Aufwendungen für die in Deutschland tätigen Militärmissionen, so erfahren wir, daß, wenn es so weiter geht wie bisher, wir neben den Kosten für den Wiederaufbau noch vierzig Milliarden Mark im Jahr aufbringen sollen.

Den Staatsmännern und Finanzmännern des Verbands können diese Zahlen zu denken geben, denn die Summen, die hier verwirtschaftet werden, bilden nicht allein Lasten, die hoh uns auf die Schultern drücken, sondern es sind Summen, um deren Höhe die Leistungsfähigkeit für den Wiederaufbau Strich für Strich verringert wird.

Württemberg.

Stuttgart, 8. Juni. (Die politische Lage.) Die politische Lage, die die Neuwahlen zum Landtag hervorgerufen hat, ist noch nicht geklärt. Nach der Verfassung muß spätestens am 16. Tag nach der Wahl, also am 23. Juni, der Landtag seinen Staatspräsidenten gewählt haben. Man wird also, sobald sich die Verhältnisse im Reich geklärt haben, mit der Einberufung des Landtags zu rechnen haben. Wie verläuft, fanden bereits am Dienstag Besprechungen der Führer der alten Koalitionsparteien statt.

Stuttgart, 8. Juni. (Die Vorbereitung auf den Volksschullehrerbesuch.) Die Ausnahmeprüfung für die Lehrerseminare wird in diesem Sommer

zum letztenmal gehalten. Die Berufsausbildung des Volksschullehrers erfolgt künftig durch den Besuch einer höheren Schule bis zum Erwerb der Hochschulreife. Einjährige, Abiturienten usw. können bis 1925 nicht mehr ins Lehramt übertreten. Die höhere deutsche Schule, die vom nächsten Frühjahr an an Stelle der Lehrerseminare treten soll, ist als Sammelstelle für begabte Volksschüler, insbesondere für solche vom Land, gedacht. Sie setzt einen 6-7-jährigen Besuch der Volksschule voraus.

Stuttgart, 8. Juni. (Dividenden.) Die Daimler-Motoren-Gesellschaft verteilt eine Dividende von 5 % (i. B. 6 %). Die Maschinenfabrik Esslingen eine solche von 8 %.

Stuttgart, 8. Juni. (Lohnbewegung.) Eine Versammlung der Transportarbeiter beschloß, einen neuen Landestarif statt des Reichstariifs zu verlangen.

Zuffenhausen, 8. Juni. (Familiendrama.) In der Familie des Karl Nöhle kam es infolge Streitigkeiten zwischen dem Vater und dem 13-jährigen Sohn Karl Nöhle, lediger Mechaniker, der bei seinen Eltern wohnt, zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf der Vater sein Leben lassen mußte. Die Todesursache wird erst durch die Sektion einwandfrei festgestellt werden können. Der Mörder ist verhaftet.

Freudenstadt, 8. Juni. (Hier ist gut sein.) Der frühere Reichswehrminister Noske ist seit einigen Wochen im Kurhaus Waldeck zur Erholung.

Vaihingen, 8. Juni. (Die Wahl.) Am Sonntag stimmten hier von 1800 Wählern etwa 1400 ab. Bürgerpartei und Bauernbund erhielten rund 700, Demokratie 334 Stimmen, während früher letztere die große Mehrheit hatte. In Suppingen, das immer demokratisch wählte, erhielt diesmal der Bauernbund 175, die Demokratie 35 Stimmen.

Bödingen, 8. Juni. (Schwere Heimsuchung.) Dem Bauern Josef Graf vom oberen Blankenhof sind 20 Lämmer der Maul- und Klauenseuche zum Opfer gefallen. Damit noch nicht genug, forderte die Seuche nahezu den gesamten Viehstand in Höhe von 27 Stück, wovon bis jetzt noch ein Kälblein und zwei Stück Jungvieh übrig blieben.

Zuttlingen, 8. Juni. (Tot aufgefunden.) Die vermißte Tochter des Mechanikers August Behrens wurde tot aus der Donau gezogen. Mischliche häusliche Verhältnisse scheinen das Mädchen veranlaßt zu haben, den Tod zu suchen.

Leutkirch, 8. Juni. (Auf der Suche nach Kohlen.) Die Bohrungen nach Kohle in Greits bei Herbsried im sog. Kohlloch (bayer. Allgäu) haben nun eine Tiefe von 30 Metern erreicht, ohne daß Kohlen gefunden worden wären. Die Bohrungen sollen bis zu einer Tiefe von 50 Metern fortgesetzt werden, was noch ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Havensburg, 8. Juni. (Der Freidenker.) Ein 15-jähriger Bursche wurde festgenommen, der ein Verbrechen an einem kleinen Mädchen beging. Als er bei der Vernehmung nach dem Stand seines Vaters gefragt wurde, gab er in frechem Ton zur Antwort: Mein Vater ist Freidenker.

Vermischtes.

Die neuen Güte. In welcher ungeheurer Kosten das Reich durch die Entente-Kommission gestürzt wird, das zeigen die Gehälter dieser Ententevertreter, die nun bekannt werden. Der Generalpräsident der Entente-Kommission erhält jährlich 342 000 Mark, ein Präsident der Unterkommission 252 000 Mark, ein Ententegeneral 252 000 Mark, ein Oberst 180 000 Mark, ein Major 162 000 Mark, ein Subalternoffizier 152 000 Mark, ein Unteroffizier 60 300 Mark, ein einfacher Soldat 42 000 Mark. Die Mitglieder der feindlichen Hauptkommission in Berlin erhalten außer diesen „Verpflegungsgeldern“ noch Quartier und Gehalt. Das Quartier für General Nollet (Hotel Kaiserhof) kostet jährlich 144 000 Mark. Für die Honorarzahlung der Berliner Kommissionsmitglieder muß das Reich jährlich 14½ Millionen Mark bezahlen.

Verstorbene Bekannte. Die Dede, die vor Jahresfrist die im Sultanat bei Spandau aufbewahrten 60 Millionen rumänische Lei (Franken) stahlen, waren damals die Wächter des Schatzes. Vier von ihnen sind jetzt verhaftet, der Former Paul Kühn, jetzt Willemsberger in Rastenburg, der Hagerländer Leo Wenta aus Polen, der Dreher Paul Eisner.

De Heuet.

Von Landwirtschaftsleyer A. Kälber-Karlruhe.

Hierlich ist zur Zeit eine Wanderung durch Wiesen- und Felder. So weit das Auge reicht, blüht alles in den mannigfaltigsten Farben. War zu leicht kommen die Stäbchen in Versuchung, beim Wandern von dem schmalen Wiesenweg abzuweichen und von all den Blumen ein Straußlein zu binden, das den Tisch des Hauses zieren soll. Geschicht dies mit Maß und Ziel, dann hat kein Bauer etwas dagegen einzuwenden.

Der Bauer freut sich doppelt über all die Pracht, einmal über das Blühen, zum andern aber auch über den schönen Stand der Wiesen und über die Aussicht auf eine gute Heuernte. Die Scheunen sind leer und harren der Füllung. Vorräte müssen gesammelt werden, um die Viehbestände durch den langen Winter zu bringen.

Mehe denn sonst schauen Bauer und Bäuerin nach dem Himmel. Wird das Wetter gut bleiben, kann man es wagen zu mähen? fragt Einer den Andern im Vorübergehen. Denn die Sonne muß dabei sein, sie muß trocknen und dörren und sie versteht ihr Geschäft im Juni, wenn sie will. Nur zu oft will sie nicht recht und läßt sich ihr Gesicht mit dicken Wolken bedecken. Dann hat der Bauer doppelte und dreifache Arbeit.

Wenn Knautgras und Schwingel am Blühen stehen, soll der Bauer mähen gehn.

Die beiden Gräser sind Frühblüher und frühzeitig soll der Bauer mähen. Der Eintritt der Blüte ist das Zeichen, mit der Ernte der Futtergewächse zu beginnen. Vor und während der Blüte sind die Gräser am reichsten an eiweißartigen Nährstoffen und an Zucker,

die Faser ist noch weicher und verdaulich, schließt auch die andern Nährstoffe weniger fest ein. Nach der Blüte sammeln sich die eiweißartigen Stoffe mehr in den Samen. Von diesen gehen aber bei der Heuernte und auf dem Heuboden viele verloren, zudem verholzen die Gräser und werden weniger verdaulich. Wartet man mit der Heuernte zu lange, so ist der Gewinn an Masse nur ein scheinbarer, da der Gehalt an Nährstoffen und deren Verdaulichkeit immer mehr abnimmt und der an Holzfaser zunimmt.

Späte Mahd gibt Haufen Holz, Aber, Freund, Du fütterst Holz.

Für die Mäher heißt es vor der Sonne aufstehen. In der Morgenfrühe läuft die Arbeit munter fort. In Reih und Glied stehen Mann und Frau, die Sensen rauschen und das Gras fällt in Haufen. Die Jugend sorgt dafür, daß es gleich „verschüttelt“ wird. Sensenwehen, Sensengelächel, frohe Stimmen, Verhenssang, Morgenwind, Sonnenschein, Mähkrug, gehören zum echten Heuwetter.

Hilft das Wetter, so ist die Heuernte für den Bauer eine Lust. Früh morgens wird das Futter gemäht. Der erfahrene Landwirt wird das Gras nicht allzu tief rasieren im Hinblick auf den Nachwuchs, auf das Dehnd. Das frisch gemähte Gras läßt man kurze Zeit in Sonne und Wind abwelken, verschüttelt es, wendet über den Mittag, zieht es abends auf Schwaden und setzt es auf kleine Haufen. Am andern Morgen, sobald der Tau abgetrocknet ist, wird wieder verschüttelt und fleißig gewendet. Am Spätmittag schwanzt dann spärlich beladen der Heuwagen der Scheune zu. Ist die Trocknung nicht genügend, so wird das Heu über Nacht nochmals auf große Haufen gesetzt und am andern Tage, wie schon erwähnt, abermals bearbeitet und dann eingefahren. All die ge-

nannten Arbeiten werden bei uns zum größten Teil mit der Hand verrichtet. Verhältnismäßig wenige bedienen sich der Mähmaschine, des Heuwenders und des Schwadentrensens.

Nun sind die Wiesen kahl, die Blumen sind verschwunden. Der Imker macht ein saueres Gesicht, denn seinen Bienen ist das größte Tätigkeitsgebiet geraubt. Die Haupttracht ist vorüber. — Der Bauer hofft auf einen guten zweiten Schnitt. — Nicht immer geht aber das Heumachen so glatt vonstatten, wie hier auf dem Papier. Gewitterregen erschweren das Geschäft oft sehr. Kaum hat man nach einem „Nassauer“ das Heu gewendet, so regnet es auch schon auf die andere Seite. Wenn die vermehrte Arbeit allein nur ein Nachteil wäre, so könnte man sich das allenfalls gefallen lassen. Aber auch das Futter erleidet durch das Verregnen bedeutende Verluste, sowohl hinsichtlich des Nährstoffgehaltes, als auch der Schmachtfähigkeit und des Wohlgeruchs. In regenreichen Gegenden hängt man das Heu auf Heuzen, damit es rascher wieder trocknet.

Gar mancherlei Wetterzeichen und Regeln sind bei den Bauern bekannt. Ziehen die Schwadalen nieder, stimmen die Frösche im Teich ihr Konzert an, fällt der Rauch, schleppen die Ameisen ihre Puppen an die Oberfläche des Baues, schreien die Rabenscharen, baden die Spatzen im Dreck, werden die Steinböden naß, dann ist das Wetter zweifelhaft und schlägt meistens bald um. Manche Bauern haben als untrügliches Schlechtwetterzeichen einen Biegel auf dem Dach, und wenn der tropft, dann regnet es gewöhnlich. Wir wollen hoffen, daß das Wetter in diesem Jahr ein Einsehen hat und die liebe Sonne scheint. Bis jetzt kann man leider das Wetter noch nicht machen. Es ist vielleicht gut so, denn sonst würden die Wettermacher zur Zeit der Ernte vielleicht gerade freileben, oder sie könnten es keinem recht machen.

Inhaber eines Obguts, und der „Lebemann“ und ein anderer Vorgesetzter. Wenta wurde gefaßt, als er nach Hol- land entweichen wollte. Beschlus hat alles Geld verjudet. Die Verhafteten gaben an, daß sie von polnischen und rumänischen Geldwechslern in den Berliner Nachtlokalen usw. schamlos be- trogen worden seien, die ihnen für die Note von 10.000 Reich- mark bis 250 Papiermark bezahlt hätten. Bei den Einbrechern wurden nur einige tausend Mark gefunden; sie behaupten, sie besitzen nicht mehr von ihrem großen Raub.

Fabrikbrand. In München sind das „Hannert“ Säge- und Hobelwerk und die anstößende Schuhfabrik von Jos. Buchwieser nach, mit großen Ledervorräten und fertigen Waren, sowie die Jenuos-Nähmittelfabrik mit über 1000 Itr. Vorräten nieder- gebrannt. Die brennende Schuhfabrik wurde von räuberischem Gesindel in schamloser Weise ausgeplündert.

Uebergetreten. Das Haupt der Altkatholiken in Amerika, Dr. de Laudes Bughes ist zur römisch-katholischen Kirche übergetreten. Er übergab dem Erzbischof von New York das bischöfliche Kreuz samt Ring. Er ist 45 Jahre alt und wird Gehilflicher bleiben.

Die Marokkobahn. Havas meldet, daß die Eisenbahnlinie von Casablanca nach Marakech fertiggestellt ist.

Herabsetzung der Eisenpreise. Während für Kohleisen bisher nur eine verhältnismäßig geringe Preis- ermäßigung (185 Mk. pro Tonne für Hämatit und kupferarmes Stahlisen) erreicht werden konnte, sind für Halbzeug und die verschiedenen Walzprodukte Herab- setzungen erfolgt, die sich je nach Qualität zwischen 25 und 760 Mk. pro Tonne bewegen. Damit ist aber noch nicht einmal eine Zurückführung der Preise auf den Stand vor der letzten, Ende April beschlossenen Preis- erhöhung möglich geworden. Damals stieg Stahlisen von 2800 auf 3650 Mk. Jetzt ist es auf 3320 Mk. ange- setzt worden. In Süddeutschland wirken noch immer die Saarpreise maßgebend auf die Preisbildung ein.

Verkehrsfache. Wegen der Wiederherstellungsar- beiten an der Rheinbrücke zwischen Schorndorf und Han- bersbrunn wird der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Schorndorf-Weitzheim vom 5. Juni abends bis 7. Juni früh 5 Uhr in der Weise unterbrochen, daß die Strecke Schorndorf-Haubersbrunn (4 Kilometer) und umgekehrt von den Reisenden zu Fuß zurückgelegt werden muß. Die Anschlußzüge werden so verlegt, daß die Reisenden sie leicht erreichen können.

Veranstaltungsförderungen. In Ulm und Tü- bingen wurden Wahlversammlungen der Bürgerpartei durch Mobilität gestört. In Tübingen kam es dabei zu einer Schlägerei zwischen Studenten und Arbeitern.

Keine landw. Wanderausstellung. In einer Besprechung der Vertreter der Deutschen Landwirtschafts- gesellschaft mit dem bayerischen Landwirtschaftsminister wurde vereinbart, daß die Wanderausstellung, die heuer in Nürnberg stattfinden sollte, mit Rücksicht auf den Seuchenstand in diesem Jahr ausfallen wird. Die Ver- handlungen sollen im Frühjahr wieder aufgenommen werden.

Zurückbare Explosion bei Moskau.

Seit dem 9. Mai fiel es auf, daß von Moskau die Funken- telegramme zunächst ganz aufhörten und später nur spärlich auf- genommen wurden. Es hieß, die drahtlose Station sei durch einen Anschlag zerstört worden. Dies wurde nun von der russischen Friedenskommission, die soeben aus Moskau nach Kowno zurückkehrt ist, bestätigt. Die Abgeordneten berichten, am 9. Mai sei in dem Dorf Gusew, 5 Kilometer von Mos- kau ein mächtiges Munitionslager in die Luft ge- flogen. In Moskau explodierten alle Häuser. Das ganze Dorf ist dem Erdboden gleichgemacht, fast alle Bewohner und die ganze militärische Besatzung sind umgekommen. Jeder, der der Militärbehörde verdächtig wurde, wurde der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution übergeben.

Wir kündigt. Auf der Wolfganggrube bei Beningen (Ober- schlesien) verunglückte am Sonntag durch Gasvergiftung ein Arbeiter. Ein Bergwerksbesitzer, ein Drehschleifer, 2 Steiger und ein Drehhauer. Am Samstag war einer der oberen Bergbeamten durch giftige Gase verunglückt, worauf sich die übrigen 4 Oberbeamten an die Unfallstelle begaben. Hier wurden sie durch eine Explosion überfallen, welche die Grubenlampen zum Bersten brachte. Die Untersuchungskommission fand dabei kein Schuld.

Erhöhung des Hollaufgelds in Ungarn. Die ungarische Regierung hat kürzlich, wie der Deutsch-Oester- Ungar. Wirtschaftsverband in Berlin mitteilt, eine Er- höhung des Hollaufgelds auf 1900 Prozent vorgenommen, nachdem bereits Oesterreich vor kurzem mit der gleichen Erhöhung des Holls voranzugehen ist. Der erhöhte Hollaufschlag kommt in Ungarn vom 1. Juni 1920 ab zur Anwendung und bezieht sich auf alle Waren.

In der Klage des Herzogs Karl Michael von Medlenburg-Schwerin auf Anerkennung seiner lehn- rechtlichen Ansprüche auf das Gut Langhagen hat das Landgericht Schwerin dem Herzog das Gut zugespro- chen und den Freistaat Medlenburg in die Kosten ver- urteilt. Die medlenburgische Regierung hatte dem Klä- ger das Besitztum an dem Gut verweigert, weil er als russischer Untertan an dem Krieg gegen Deutschland auf russischer Seite aktiv teilgenommen hatte.

Der Lebluchwein. Wir lesen in der „Gannstatter Zeitung: Ein Bäcker und Weinwirt im Nemsial hatte im Herbst einige Eimer Strampfelbacher Wein zum landes- weiten Preis gekauft. Die amtliche Höchstpreisfestsetzung verbot den Ausschank zu einem höheren Preis als 1.80 Mk. das Viertelliter. Das war unmöglich, wenn der Wirt keinen Schaden leiden wollte und das wollte er nicht. Er hätte ja den Wein mit Birnenmoß vermeh- ren oder seinen Strampfelbacher zu einem höheren Preis als „Bälzer“ anschenken können. Aber das wollte er als reeller Mann auch nicht. So kam ihm ein ret- tender Gedanke. Er sagte seinen Gästen: Wer ein Viertelliter guten reinen Strampfelbacher ohne Most um 1.80 Mk. will, der muß einen Lebluch um 1 Mk. dazu essen. Die Folge war, daß der Mann nicht genug Lebluch herstellen konnte, und sein Strampfelbacher Wein war vor der Beschlagnahme.

Frühjahrstagung des Kyffhäuserbunds. In der Zeit vom 10. bis 15. Juni tritt der Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände auf dem Kyffhäuser zusammen. Die Tagung wird sich u. a. mit den Auf- gaben der Kriegsberechtigten- und Kriegshinterbliebenen- versorgung, Ausbau des Unterstützungswezens, Siedlungs- weisung usw. befassen. Der Zentralverband deutscher Kriegsberechtigter und Kriegshinterbliebener, mit dem die Verhandlungen schweben, tagt gleichzeitig auf dem Kyffhäuser.

Die Erhebung der Erntesteuern. Das Ernäh- rungsministerium hat angeordnet, daß die heurigen Ernte- steuern durch Geometer festgesetzt werden. Diese Ver- fügung wollen sich aber die Bauern nicht gefallen lassen und sie stoßt allenthalben auf starken Widerstand. Der Ernährungsminister Graf lehnte es ab, mit einer Ab- ordnung des Landw. Hauptverbands in dieser Frage zu verhandeln, weil die Bauern ihm neulich auf der Tagung des Hauptverbands ihr Mißtrauen ausgesprochen hat- ten. Nun hat aber auch die demokratische Landtags- fraktion gegen die Verfügung des Ministers Wider- spruch erhoben und um Einsetzung einer anderweitigen Regelung der Flächenenerhebung unter Beiziehung von Vertretern der Landwirtschaft ersucht. Es scheint also ein Konflikt innerhalb der Regierung nicht unmöglich zu sein. (Auch in Baden hat der Bauernverband in einer Reihe von Bezirken gegen die Art der Erntesteuenerhebung Widerspruch erhoben.)

Erhöhung der Weinhöchstpreise in Württem- berg. Durch eine Verfügung des Ernährungsministe- riums werden die Höchstpreisbestimmungen über Wein vom 6. Oktober 1919 und 30. Januar 1920 aufgeklo-

ben. Um ungerechtfertigten Preissteigerungen entgegen- zutreten, wird zum Erwerb von Wein die Genehmi- gung des Ortsvorsichters des Wohnorts vorge- schrieben, wenigstens soweit es sich um die Erwerbung von mehr als 300 Litern Wein handelt. Im Zuschlä- gen sind als angemessen erkannt: Zum Einstandspreis als Ersatz für Verminderung durch Ablassen 8 Proz., für Schwund und Zinsverlust 1½ Proz. im Monat, für Abfüllung in Flaschen 200 Mk. für das Hektoliter, für Geschäftsumkosten und Geschäftsgewinn im Großhandel 25 Proz., für Geschäftsumkosten und Gewinn beim Aus- schank oder Kleinverkauf insgesamt bis zu 60 Proz. (ausnahmsweise bis 80 Proz.). Händler und Wirte, die Wein, den sie vor der Aufhebung der Höchst- preise noch verhältnismäßig billig gekauft haben, zu gleich- oder ähnlich hohen Preisen wie den nach Aufhebung der Höchstpreise erworbenen Wein absetzen, werden wegen übermäßiger Preissteigerung strafrechtlich verfolgt.

Die Jagd auf Rehwild. Das Rehwild ist gut durch den Winter gekommen und infolge der günstigen Frühjahrswitterung im Haarwechsel verhältnismäßig weit vorgeschritten. Nach dem ziemlich starken Abschluß der letzten Jahre lassen jedoch die Bestände an Rehen, zu- mal an schuppbaren Böden, allenthalben stark zu wünschen übrig. Als Ersatz für Lebensmittelversorgung wird das Rehwildbrot in diesem Sommer kaum merklich in Ver- tracht kommen.

Vorsicht beim Kirchengenuß. In der Kir- chenzeit sind die Kinder darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich das Schlucken der Steine und der Gemü- sch von Wasser nach dem Essen von Kirichen ist. Alljährlich fordert die Unachtsamkeit einige Opfer. Es ist ratsam, Kindern zu Kirichen ein Stückchen Brot zu geben. Beides zusammen ist schmachhaft und bedenklich und läßt we- niger Danksgefühl aufkommen, als wenn die Kirichen allein genossen werden.

Eine Milliarde für Stidereien. Eine kaum glaubliche Tatsache enthält die vor kurzem erschienene Schweizer Ausfuhrstatistik für das Jahr 1919. Sie bringt nämlich die überraschende Mitteilung, daß für die Schweizer Stiderei-Industrie Deutschland der beste Abnehmer war. Ausgerechnet das arme Deutschland. Der Wert der aus der Schweiz nach Deutschland ausge- fuhrten Stidereien betrug im Jahr 1919 über 127 Mil- lionen Franken, also weit über eine Milliarde Mark.

Die Wespen sind vielfach — nicht alle Arten — schädlich, weil sie das Obst anaggen. Man fängt sie am besten in weithalsigen, am Baum aufgehängten Flaschen, in die man Zuckersirup mit etwas Apfelsäure oder Essig gießt. Honigwasser oder reines Zuckersirup soll man nicht verwenden, weil dieses auch die Bienen anlockt. Ein einfaches Mittel zur Wespenvertilgung besteht darin, daß man abends, wenn die Tiere wieder einge- flogen sind, einen Eßlöffel voll Schwefelkohlenstoff in das Nest ein gießt und den Eingang rasch mit Erde zudeckt. Nester am Baum werden abends mit einem Stod aus- gestossen und die Wespen in einem Saß, den man dann in heißes Wasser legt, aufgefangen. Apfelsäure und Schwefelkohlenstoff sind in jeder Apotheke erhältlich.

Ermäßigung der Kupferblech- und Blei- preise. Der Kupferblechverband in Kassel ermäßigte die Preise für Kupferblech um 1000 Mk. auf 2965 Mk. pro 100 Kilo mit Wirkung vom 27. Mai ab. — Auch die Bleipreise wurden um 200 auf 800 Mk. ermäßigt.

Lokales.

Meiderstoffe für die landwirtschaftliche Be- völkerung. Auf den Antrag der badischen Landwirt- schaftskammer wird die Textilindustrieverwaltung Berlin eine größere Menge von Meiderstoffen zur Verfügung stellen, die durch Vermittlung der Genossenschaften an die landwirtschaftliche Bevölkerung Badens verteilt werden sollen. Wenn auch nicht alle Wünsche und Be- dürfnisse zu befriedigen sind, so ist die so dringend nötige Küchhilfe doch willkommen.

Die Verstaatlichung der Volksschule. Den Städten der Städteordnung ist auf eine Eingabe, in der die Verstaatlichung der Volksschulen in Baden ver- langt wurde, von der Regierung der Bescheid zugegan- gen, die Übernahme der gesamten Schullasten auf den Staat mit Wirkung vom 1. April sei nicht möglich, doch werde bei der Neuregelung der gesamten Schulge- zehung auf den Vorschlag zurückgekommen werden. Die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstaxen ist jedenfalls ein Schritt auf dem Wege der Verstaatlichung der Volk- schulen.

Das Kindererholungsheim auf dem Hen- berg. Der Träger des Kindererholungsheims auf dem Henberg soll ein gemeinnütziger Verein sein. Die Ge- meinden, die ihm beitreten, bezahlen bei einer Einwoh- nerschaft bis zu 10000 jährlich 100 Mk., bis zu 5000

jährlich 1000 Mk. und über 50000 jährlich 2000 Mk. Der Verpflegungssatz wird voraussichtlich auf etwa 6.50 Mark täglich gehalten werden können. Der Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte Badens hat sich für die Errichtung des Kindererholungsheims auf dem Hen- berg ausgesprochen, umso mehr als das Erholungsheim Schloß Wolfberg aufgehört hat zu bestehen.

Die Preise fallen weiter. Auf dem Rohstoff- markt sind die Preise von einem Höchstkurs von 2500 Mk. pro Kilo allmählich bis unter ein Drittel zurück- gegangen. — Der Röhrenverband hat nach einem Be- schlus des Eisenwirtschaftsbundes die Höchstpreise für Juni und Juli um etwa 10 Prozent ermäßigt.

Was sind dringende Pressegespräche? Dringenden Pressegesprächen sind nach einer Bekannt- machung des bayerischen Verkehrsministeriums außer Nachrichtenbureaus nur Zeitungen und Zeitschriften zuge- lassen, die sich im wesentlichen mit der Verbreitung politischer und Handelsnachrichten befassen. Fachzeitschri- ten kommen dafür in der Regel nicht in Betracht. Demgemäß sind dringende Pressegespräche über Steuern und ähnliche sportliche Veranstaltungen nicht zugelassen.

Lokales.

ep. Falsche Nachricht. Mütter der französischen Schweiz haben die irrtümliche Nachricht verbro- die englische Regierung habe der Basler Mission als Ent- schädigung für die Missionsindustrie die Summe von 11½ Millionen Franken ausbezahlt. Weber die Basler Mission noch die seit Ende 1917 von ihr getrennte Handlungsgesellschaft, der die Industrieverkstätten in In- dien und auf der Goldküste seitdem gehörten, haben für das geraubte Eigentum bisher auch nur 1 Pfennig Ent- schädigung bekommen.

Erhöhung der Versicherungsprämien. Die deutschen Lebensversicherungsunternehmen verhandeln der- zeit mit dem Reichsaufsichtsamt, um eine Genehmigung zur Erhöhung der Prämien zu erhalten, weil die Ver- waltungskosten gestiegen seien.

Die Kohlensteuer. Von Berlin aus wird die Meldung, daß die Kohlensteuer von 20 auf 30 Prozent erhöht werden soll, bestritten. Allerdings werde dem Reichstag eine Kohlensteuervorlage zugehen, da das Koh- lensteuergesetz am 31. Juli d. J. abläufe. — Wir werden ja sehen.

Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Okto- ber 1918 haben ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel seit 10. September v. J. verloren; sie werden von der Reichsbank nur noch bis zum 10. Septem- ber d. J. eingelöst. Die Besitzer solcher Noten wer- den in ihrem eigenen Interesse erneut an deren recht- zeitige Ablieferung erinnert. Die fragliche Reichsbank- note, die bekanntlich i. B. in Mengen gefälscht wurde, zeigt eine dunkle quadratische Umrandung auf der Vor- derseite, und ist nicht mit der 50 Marknote vom 30. November 1918 zu verwechseln, die im Kurs bleibt.

Die Papiergeldflut. Wie die Papiergeldflut steigt, zeigt folgender Ueberblick des deutschen Notenum- laufs. Er betrug in Milliarden Mark am 30. Juni 1914 rund 2½, 1. Januar 1915 rund 5, 1. Janu- ar 1916 rund 7, 1. Januar 1917 rund 8, 1. Januar 1918 rund 11½, 1. Januar 1919 rund 22, 1. Januar 1920 rund 36, 1. Februar 1920 rund 52, 21. März 1920 rund 56, 1. April 1920 rund 59 und Mitte Mai rund 65. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug der Notenumlauf im Juni 1914 rund 30 Mk., im September 1919 rund 340 Mk., heute gegen 1000 Mk. Auf der anderen Seite sehen wir die Golddeckung unheimlich sinken: Bei Kriegsbeginn betrug der Gold- vortrag der Reichsbank 55 Proz. des umlaufenden Pa- piergelds, Anfang 1920 3 Proz. und heute ganze 1½ Prozent.

Preisabbau auf dem Holzmarkt. Der Abbau der Preise im Holzmarkt ist nicht anzuhalten. Die Ver- sorgung der Markwährung macht zur Zeit eine Ausfuhr unmöglich. Dazu kommt, daß Finnland, Polen und Schweden stark anbieten. Das gesamte deutsche Säg- mahlengewerbe ist ganz auf den inländischen Absatz ein- gestellt, der einstweilen völlig stockt. Eine Besserung der Lage am Holzmarkt ist vorläufig nicht in Sicht. Erfah- rungsgemäß ist der Sommer für das Holzbearbeitungs- gewerbe immer eine Zeit der Ruhe. Kaufkraft und Kauf- kraft sind geschwunden, die Möbelhersteller mit teureren Beständen angefüllt; das Baugeschäft ruht. Immerhin wird, wenn Gebrauchsmöbel wieder billiger sind, auch eine stärkere Nachfrage eintreten.

Fleischverwertung. Wie im württ. „Staatsan- zeiger“ behauptet wird, liegen gegen den Genuß von Fleisch, das von seuchengefallenen Tieren stammt, keine Bedenken vor, wenn die Tierleichen als B. ausgeweidet werden und von der Fleischbeschau keine sonstigen Hin- dernisgründe gefunden werden. Solches Fleisch darf aber nicht in den Metzgereien ausgehoben und zu Wurst ver- arbeitet werden, es soll vielmehr beim Verkauf als min- derwertig kenntlich gemacht sein. Die Verwertung des Seuchenfleisches liegt der Fleischverwertungsstelle ob. Das Fleisch soll jedenfalls nur gut durchgekocht oder durch- gebraten genossen werden.

Schutz gegen Blitzegefahr. Im Allgäu gibt es viele Einzelhöfe auf hervorragenden Höhen, die der Blitzegefahr in außerordentlicher Weise ausgesetzt sind. Da werden nun in nächster Nähe der Gebäude sehr hoch wachsende Waldbäume oder italienische Pappeln gepflanzt, die eine Höhe von 20 Meter und darüber erreichen, also weit höher sind als das zu schützende Haus. An die- sen Bäumen kann man verschiedene Merkmale von Blit- zschlägen beobachten: zerplüttete Gipfel und Äste, auf- geschlitzte Rinde usw., ein Reichen, wie gut sie das Haus vor dem zerstörenden Blitzstrahl beschützen.

Ungeziefer. Vielfach wird über wechselläufiges Auf- treten des Bodenkrebzes in den Gemüsegärten geklagt. In manchen Beeten können bis zu 30 Stück des schäd- lichen Ungeziefers gefangen werden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 8. Juni. Die „Kreuzzeitung“ behauptet, der jetzige Reichskanzler Müller sei im Juli 1914 mit dem (verstorbenen) Abg. Haase nach Paris gegangen und habe dort erklärt, die Sozialdemokratie werde einen Krieg nicht zulassen, sondern ihn durch Generalstreik verhindern. Demgegenüber wird durch WTB. mitgeteilt, daß Haase im Juli 1914 nicht in Paris gewesen sei; Müller habe aber bei seinem Besuch in Paris keinen Zweifel darüber gelassen, daß im Fall eines Kriegs für Deutschland ein Generalstreik nicht in Frage käme.

Frankfurt, 8. Juni. Das Wahlergebnis ist: Soz. 67 858 (1919 112 012), Unabhängige 38 200 (11 200), Demokraten 32 371 (59 838), D. Nationale 22 834 (11 076), D. Volkspartei 34 139 (23 829), Ztr. 25 680 (28 750).

Koblenz, 8. Juni. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis aus dem 24. Wahlkreis Koblenz-Trier): Fraktionslos 168, Zentrum 56 377, Demokraten 15 628, Deutsche Volkspartei 6910, Sozialdemokraten 61 058, Christliche Volkspartei 23 629, Unabh. 29 663, Deutschnationale 26 066 Stimmen.

Hungernot in Böhmen.

Prag, 8. Juni. Wie das Prager Abendblatt meldet, ist die Arbeiterchaft in den Bezirken Karlsbad, Elbogen und Neudeck wegen Hungernot in den Generalstreik getreten.

Nur nicht zu beschneiden.

Rotterdam, 8. Juni. Nach dem „N. Nott. Courant“ verlangt Portugal von Deutschland eine „Kriegsentschädigung“ von 432 058 752 Pfund Sterling. Das sind rund 8641 Millionen Goldmark oder 86 410 Mill. Papiermark — dafür, daß Portugal auf Betreiben Englands deutsche Schiffe geraubt und mit uns ohne jeden Grund Krieg angefangen hat.

Sie wollen keine Dummheit begehen.

London, 8. Juni. (Renter.) Lloyd George fährt

te im Unterhaus aus, die Verbündeten halten es für nötig, die Beziehungen zu dem Lande wieder herzustellen, das früher 25 Prozent der Lebensmittel Europas ausgeführt habe. Es seien zweifellos Getreide, Flachs und Kugelnholz in Russland vorhanden. Wenn man sich weigern würde, mit Russland Handel zu treiben, solange es dort eine bolschewistische Regierung gebe, würde man eine außerordentliche Dummheit begehen.

Krieg im Osten.

London, 8. Juni. Renter meldet: An der Beresina ist ein neuer Kampf zwischen den Polen und der Roten Armee im Gange. Die polnische Regierung hat 6 Jahrgänge der Reserve unter die Fahnen gerufen.

Gegen den Transport der Schwarzen durch Deutschland.

Essen, 8. Juni. Die „Rhein. Westf. Zeitung“ meldet zu den Bemühungen Frankreichs, die schwarzen Truppen durch Deutschland hindurch den Polen zu Hilfe zu senden, daß die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter den Mitgliedern empfohlen habe, jede Mitwirkung an dem Transport unbedingt zu verweigern.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 9. Juni 1920.

Sitzung des Gemeinderats vom 26. Mai 1920. Anwesend Stadtschultheiß Wagner und 15 Mitglieder. Die neuereitenden Mitglieder W. Wacker und W. Schill werden vom Vorsitzenden beibehalten und auf ihre Pflichten als Gemeinderat hingewiesen. Am 13. Mai d. J. richtete ein wolkenbruchartiges Gewitter in den Parzellen Sprollenhäuser und Nonnenmühl auf den dortigen Feldern und Wiesen großen Schaden an, der von den Anwaltämtern für Sprollenhäuser auf 3000 Mk., für Nonnenmühl auf 3570 Mk. geschätzt wird. Die Geschädigten von Nonnenmühl bitten um eine Unterstützung aus der Stadtkasse, während die

Sprollenhäuser Geschädigten auf eine Entschädigung aus der Stadtkasse verzichten wollen. Bei dem Gewitter am Sonntag, den 16. Mai d. J. entstand auch hier auf den Feldern beträchtlicher Schaden, der die Schäden des Gewitters vom 13. ds. Mts. in den Parzellen weit übersteigt. Es würde zu weit führen, wenn die Stadtgemeinde für alle solche Beschädigungen aufkommen würde und glaubt der Gemeinderat deshalb, dem Gesuch nicht entsprechen zu können. Es wird den Anwaltämtern aber anheimgestellt, in einzelnen Fällen, in denen die Geschädigten durch den Gewitterschaden in eine besonders große Notlage geraten sind, noch näher begründete Gesuche einzureichen, die dem Gemeinderat eine weitere Prüfung ermöglichen. In gleicher Weise sollen besonders dringende Schadensfälle von Wildbad behandelt werden. An Stelle des W. Schmid, Bäckers hier, der den Eintritt in die städt. Wohnungskommission ablehnte, wird in dieselbe berufen: Buchdrucker Hermann Fröhlich hier, Vorstand des Mietervereins, ferner wird noch ein weiterer Vertreter der Vermieter in der Person des Gemeinderats Hermann Schmid, Metzgermeister hier gewählt. Den Lehrern der Realschule werden für die von ihnen zu leistenden 13 Ueberstunden mit Wirkung vom Beginn des neuen Schuljahrs an eine Belohnung von jährlich je 240 Mk. (für wöchentlich 1 Ueberstunde) bewilligt. Für jede geleistete Turnspielstunde soll ihnen ein Honorar von je 5 Mk. vergütet werden. Der Einbau von 12 Wohnungen im Gasthaus zum Palmengarten erfordert nach dem Vorschlag des Stadtbauamts einen Aufwand von 94000 Mk., der Einbau von 4 Wohnungen in Gasthaus zum Jägerstübli von 29000 Mk. Die Ausführung wird genehmigt. Die Anschaffung eines Lichtbilderapparats für die hiesigen Schulen und Vereine mit einem Aufwand von 1500 Mk. wird gutgeheißen. Es folgen noch verschiedene Verwaltungsangelegenheiten und kleinere Sachen.

Ev. Gottesdienst. Donnerstag, 10. Juni, nachmitt. 4 Uhr Bibelstunde im Katharinenstift: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Marmelade.

Auf Lebensmittelmarkt 11 wird Marmelade abgegeben. Listenschluß: Donnerstag abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt.

Säuglingswäsche.

In den Manufakturwarengeschäften Ph. Vossch Nachf., Albert Lipps und Geschw. Horkheimer wird Säuglingswäsche abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

← Achtung. →

Ortsgruppe vertr. Els. Loth. Donnerstag, den 10. Juni 1920, abends 8 Uhr

— Versammlung —

im Lokale zur Eisenbahn.

Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich. Freunde der Vereinigung sind herzlich eingeladen.

Ein länglicher

Perl-Obrerring mit Brillant **verloren.** Gegen hohe Belohnung abzugeben im Deutsch. Hof.

Für gichtkranken Herrn

Stuhlfahrer od. kräft. Frau gesucht. Näheres Deutscher Hof, Zimmer N. 1.

Fritz Ernst, Schneidermeister

Pforzheim, Ecke Zerrenser- und Baumstrasse.

Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung

2819 — Telefonruf — 2819.

Stofflager nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl.

Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.

Auf Wunsch komme persönlich. — Muster zu Diensten.

Verloren

wurde von einem Knaben, aus einer in dürftigen Verhältnissen lebenden Familie, vom Hofmannsteg bis Kaufmann Treiber ein Brustbeutel mit Inhalt. Der eheliche Finder wird dringend gebeten, denselben in der Exped. ds. Bl. gegen Belohnung abzugeben.

Städt. Arbeitsamt

Wildbad im Lebensmittelamt, Fernsprechanruf 140. Für sofort und später werden gesucht:

Männlich:
1 Buchhalter, (mit Journal vertraut für Hotel),
1 Koch nach Calw,
1 Patissier nach hier,

Weiblich:

1 jung. Mädchen in best. Haus
eine Verkäuferin,
1 Mädchen nach Berlin,
1 junges Schreibgewandt. Mädchen,
1 Laufmädchen,
Dienstmädchen,
Rüchennädchen,
Saaltochter.

Stellen suchen:

männlich:

Schlosser,
Kellner,
Friseur,
Masseur,

weiblich:

Rindermädchen.

Maisgries,

Maismehl,

empfehlen N. Strner.

Geschäfts-Eröffnung

und -Empfehlung.

Der hiesigen Einwohnerschaft zur gef. Kenntnis, daß ich unter heutigem in der König-Karlstr. 97 eine **Obst- und Gemüsehandlung** eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll Joseph Eitel.

3 fast neue

Herren-Hemdosen

vorzögl. Dual, mittelgroß,

sowie 3 Zellstoff-

Unterbekleider,

zu verkaufen.

Frau Kull, Villa Frieda.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Gastwirte.

Gute Zigarren von Mk. 800 pro mille.

Oriental Zigaretten ohne Mundstück pro mille
Mk. 210 — Berl. 25 Pfg.
„ 262 — „ 30 „
„ 250 — „ 40 „
„ 437 — „ 50 „

Lehtere 3 Sorten werden zu Fabrikpreisen mit den üblichen Rabatten abgegeben.

Chr. Schmid u. Sohn,
Tabakgroßhandlung,
König-Karlstr. 68.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim,

Ecke Metzger- u. Blumenstr.